

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreizehnpf. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postk. Alfred Riebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitags

Neue harte Maßnahmen.

In einer großen Rede vor dem Reichsausschuß der Zentrumspartei hat der Reichsfinanzminister Dr. Brüning weitere ganz schwere und harte Maßnahmen auf allen Gebieten angekündigt. Er hat zwar hinzugefügt, daß diese Maßnahmen nicht zu einer Verschlechterung der Lebenslage und der Kaufkraft der breiten Schichten der Bevölkerung führen dürfe, und daß unter dem Problem der Selbstkosten nicht einseitig das Lohnproblem verstanden werden dürfe, aber sein Parteifreund, der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, hat auf der gleichen Tagung im Anschluß an die Rede seines Meisters noch einige Ausführungen über die Lage gemacht und ist dabei etwas deutlicher geworden. Er trat ein für weitere Verminderung der Nominallöhne, fügte allerdings einschränkend hinzu: „Der Reallohn muß auch bei vermindertem Nominallohn bestehen bleiben, das Geld muß verstärkte Kaufkraft gewinnen.“

Die Kollegen werden gut tun, sich diesen Ausdruck zu merken. Es ist die alte Melodie vom Preisabbau, der dem Lohnabbau auf dem Fuße folgt. Inzwischen steigen die Kartoffelpreise fast täglich. Der Reichsernährungsminister Schiele erblickt seine Hauptaufgabe darin, die Getreide- und die Fleischpreise möglichst hochzuhalten und die Bäckermeister verlangen höhere Brotpreise. Die viel zu hohen Mieten bleiben unangefastet und die Regierung denkt nicht daran, etwas dagegen zu unternehmen. Wohl soll der Wirtschaftsbeirat prüfen, an welchen Stellen des Wirtschaftslebens die stärksten Preiserhöhungen bestehen, die den Massenkonsum und den Haushalt des einzelnen am schwersten belasten.

Nach den bisherigen Erfahrungen mit ähnlichen Einrichtungen ist kaum anzunehmen, daß die Preisbildung durch Beschlüsse und Gutachten des Wirtschaftsbeirates und durch eventuell zu treffende Maßnahmen der Reichsregierung in irgendeinem nennenswerten Maße beeinflusst wird. Trotz ununterbrochener Herunterjagung der Arbeitslöhne ist eine Erhöhung der Produktivität nicht eingetreten. Annähernd 25 Proz. der gesamten deutschen Arbeitskräfte sind zur Zeit arbeitslos. Die fortschreitende Schrumpfung der Beschäftigung, die seit Juli d. J. erneut eingetreten ist, hat so gut wie keinen Wirtschaftszweig verschont. Und dies alles in einer Zeit, in der die Beschäftigung eher noch steigen als fallen mußte.

Der Beschäftigungsrückgang in der Industrie hat aber nicht allein die Zahl der Beschäftigten vermindert, seit Mitte des Jahres hat auch die Kurzarbeit wieder erheblich zugenommen. Auch sonst hat der Herr Reichsarbeitsminister bei Aufzählung der Opfer, die noch gebracht werden müssen, die Arbeiter nicht vergessen. Er führte u. a. aus:

„Am kostbaren Abbau ist schon viel mehr geschehen, als die Öffentlichkeit glaubt. An der Arbeitslosenfürsorge sind mindestens 750 Millionen in den letzten Jahren praktisch gefürzt worden. Wenn man bei der Arbeitslosenversicherung allgemein die Bedürftigkeitsprüfung durchführt und außerdem die Höhe auf das Maß der Kräftenfürsorge herabsetzt, so spart man von den drei Milliarden, die gegenwärtig die Arbeitslosenfürsorge im ganzen kostet, allerhöchstens hundert Millionen Mark. Weitere Ersparnisse sind in der Arbeitslosenfürsorge nicht zu schaffen, wenn nicht eine Preisentwertung großen Stils kommt.“

In der Arbeitslosen- und Krankenversicherung sind 80 bis 90 Proz. von dem, was man abbauen konnte, bereits abgebaut worden, so daß hier große Veränderungen nicht mehr möglich sind. In der Invaliden- und Unfallversicherung werden wir noch zu größeren Veränderungen kommen müssen.

Es bleibt im übrigen dabei, daß ich den Kern der Sozialversicherung zu erhalten suche, und ebenso den Kollektivvertrag und die Verbindlichkeitsklärung, wenn auch in der Handhabung Veränderungen in mancher Hinsicht getroffen werden müßten. Darüber wird in der nächsten Woche im Unterausschuß des Wirtschaftsbeirates gesprochen werden.“

Abbau von weiteren 10 bis 20 Proz. der Arbeitslosenunterstützung, größere Veränderungen in der Invaliden- und Unfallversicherung, Verkümmern des Tarifwesens und einige andere kleinere Mittelchen, so lautet das neueste Rezept der Reichsregierung, um damit über den Winter zu kommen. Daraus ist zu ersehen, daß die Regierung Schritt für Schritt vor dem Andrängen der Reaktion zurückweicht. Jene dunklen Kräfte, die sich in Harzburg zusammengelassen hatten, um die arbeitenden Schichten des deutschen Volkes völlig zu entrechten, sind die Feinde jeden Fortschritts. Sie bekämpfen

das Tarifwesen und die Sozialgesetzgebung. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Adolf Wagner, München, erklärte in einer Versammlung in München: „Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden.“

Die Gewerkschaften müssen den ihnen ausgezwungenen Kampf aufnehmen. Sie müssen eintreten für die Erhaltung des Kollektivarbeitsvertrages und die Sozialrechte. Die Arbeitnehmer müssen sich dagegen wenden, daß ihnen die mühsam errungenen Löhne auf ein Nichts reduziert und daß ihnen die Sozialrechte verkümmert werden. Den vereinten Bestrebungen nach weiterer Senkung der Lebenshaltung aller Arbeitnehmer kann nur dann erfolgreich entgegengetreten werden, wenn sich alle Angehörigen der arbeitenden Klassen wieder auf sich selbst besinnen und erneut dazu übergehen, die Gewerkschaften zu stärken.

Gespalten und zerrissen in unzählige Gruppen sind wir nicht; vereint in starke Gewerkschaften bilden wir eine unüberwindbare Macht.

Kann ein Kleinmeister Mitglied des Verbandes sein?

Eine der Folgeerscheinungen der Wirtschaftskrise ist, daß sich in letzter Zeit Mitglieder unseres Verbandes in größerer Anzahl selbständig gemacht haben. Ausgesteuert aus der Arbeitslosenunterstützung und Kräftenfürsorge, dem größten Elend preisgegeben, suchen diese Kollegen einen Ausweg aus dieser verzweifeltsten Lage. Wiewohl sich ihnen die Gelegenheit, durch Berufsarbeit etwas verdienen zu können, so stoßen sie auf die Abwehr der Arbeitgeberorganisationen, die diese Arbeit als Schwarzarbeit bezeichnen und mit allen Mitteln dagegen angehen. In der letzten Zeit sind die Arbeitgeber so weit gegangen, Gehilfen, die sich angeblich solcher Schwarzarbeit schuldig gemacht haben, in ihrem Bundesorgan anzuprangern. Der einzige Ausweg, der den Kollegen dann noch übrig bleibt, ist, sich einen Gewerbeschein zu verschaffen.

Mit der Schwarzarbeit ist es immer eine eigene Sache gewesen. Unsere Arbeitgeber sind den Kollegen sämtlich sehr gut bekannt und auch die Vorgänge, die sich vor und während der Gründung ihrer Betriebe abgepielt haben, haften noch sehr gut im Gedächtnis vieler Kollegen. Es ist dabei sehr selten ohne Schwarzarbeit, in vielen Fällen nicht ohne sehr viel Schwarzarbeit abgegangen. Meistens war es in der Vorkriegszeit, so daß die Selbständigwerdung erfolgte, weil dem Betroffenen der „Fisch“ über den Kopf gewachsen war. Vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Organisation verurteilen wir die Schwarzarbeit in Arbeit stehender Kollegen schon aus dem Grund, weil es ein Übel ist, für den Achtfundentag oder für die Bierzigstundenwoche einzutreten und dann nach Feierabend im Keller auf eigene Rechnung die Arbeit fortzusetzen.

Etwas anderes ist es, wenn die allergrößte Not den Kollegen, der ausgesteuert ist, zwingt, sich einen Verdienst zu suchen, um leben zu können. Die Lösung eines Gewerbescheins hat für ihn die Mitgliedschaft in der Zwangsinnung zur Folge. Trotzdem fühlen sich die meisten dieser Kollegen noch innerlich verbunden mit ihren bisherigen Berufskollegen. Sie betrachten die neue Meisterwürde nur als Provisorium und haben das Bedürfnis, ihrem Verband auch weiter die Treue zu wahren.

In letzter Zeit sind aus Kollegentreifen Stimmen laut geworden, die sich dagegen wenden, daß auf solche Art selbständig gewordene Kollegen ihre Mitgliedschaft im Verband aufrechterhalten. Begründet

wird diese Stellungnahme damit, daß die Reinheit des Verbandes als Arbeitnehmerorganisation gewahrt werden müsse, auch werden tarifrechtliche Bedenken angeführt. Bei den Kleinmeistern des Sattler- und auch des Tapezierergewerbes beschäftigt der größte Teil weder Lehrlinge noch Gehilfen. Diese Kleinmeister leben aus der Hand in den Mund und unterziehen sich vom gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sehr wenig. Einer Innung gehören sie nur an, weil sie dazu gezwungen sind, für eine Unternehmerorganisation kommen sie kaum in Frage. Auch sonst scheinen uns die Vertreter dieser Ansicht viel zu schwarz zu sehen. So hat das Reichsarbeitsgericht in einer Entscheidung vom 10. April 1929 zu dieser Frage Stellung genommen und ausgesprochen, daß die Geltung eines Zwangsstarifes nicht allein dadurch in Frage gestellt werden kann, daß auch Arbeitgeber Mitglieder des Arbeitnehmerverbandes sein können. Vielmehr soll als ausschlaggebend angesehen werden, ob nach dem Inhalt der Satzungen und nach ihrer tatsächlichen Handhabung der Verband einmal die Aufgäbe, den Arbeitgebern gegenüber die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer zu wahren und Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen, erfüllt, dann aber auch, ob der Verband gegenüber dem anderen Teil voll unabhängig und selbständig ist.

Es dürfte selbst dem gerissensten Syndikus schwer fallen, eine Abhängigkeit unserer Organisation von irgendeinem Unternehmerverband oder von einem einzelnen Unternehmer festzustellen. Als weiteres wichtiges Moment gegen die Mitgliedschaft dieser Kleinmeister wird angeführt die mangelnde Tariftreue. Selbstverständlich besteht für Kleinmeister immer die Gefahr, daß der Achtfundentag und die tariflichen Mindestlöhne nicht restlos eingehalten werden. Diese Gefahr wird nicht dadurch geringer, daß wir diese Kollegen aus unserem Verband entfernen. Sie besteht auch für einzelne Kollegen, die noch im Betrieb arbeiten und für einen Teil der Heimarbeiter. Aufgabe der organisierten Kollegen muß es sein, diese unpolitischen Elemente über ihre Pflichten aufzuklären. Verharren dieselben trotzdem bei ihrem unsozialen Verhalten, so ist es immer noch Zeit, derartige Schädlinge aus dem Verband zu entfernen.

Die Gefahr, daß durch Doppelmittglieder Internas aus den Mitgliederversammlungen den Arbeit-

oberorganismen zugezogen werden können, scheint uns nicht sehr groß. Eine Folge der ungeliebten politischen Zersplittertheit Deutschlands ist, daß Anhänger der verschiedensten politischen Richtungen den Gewerkschaften angehören. Wir müssen uns daher leider damit abfinden, daß Vorgänge aus den Gewerkschaftsversammlungen an die breite Öffentlichkeit gebracht und politisch ausgeschlachtet werden. Dort, wo Kleinmeister innerhalb unserer Organisation Chöremposten bekleiden, handelt es sich überwiegend um alte erprobte Verbandsmitglieder. Sollten doch einmal Versetzungen unterlaufen, so haben wir es immer noch in der Hand, energisch dagegen vorzugehen.

Die Befürchtung, daß Mitglieder auch nach ihrer Selbständigwerdung die Unterstützungsvereinigungen ausnutzen werden, scheint uns übertrieben. So ist kaum anzunehmen, daß ein solcher Kleinmeister in regelmäßigen Intervallen seinen Gewerkschaften abgibt, um die Erwerbslosenunterstützung des Verbandes zu erlangen. Wohl steht ihm nach wie vor die Krankenunterstützung zu, doch ist dazu Verbedingung, daß ihn der Arzt erwerbsunfähig, krank schreibt.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage dürfte am allerwenigsten den Grund dazu geben, namentlich mit der freien Gewerkschaftsbewegung sympathisierende Kollegen aus unierem Reichen auszuschneiden, nur weil sie, einem höheren Zwange folgend, Kleinmeister geworden sind. Schließlich ist ja der Vorgang, daß sich in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges Kollegen aus Not selbstständig machen, keine ganz neue Erscheinung. Wo wäre der Sattler- und der Tapeziererverband geblieben, wenn von Anfang an eine derartige reinliche Scheidung vorgenommen worden wäre. In der Sturmzeit des Sozialistengesetzes mußte sich Ignaz Auer etablieren, um sich eine Existenz zu schaffen. Später haben Louis Grünwald und Gustav Becker ihr Leben als Kleinmeister geföhrt. Johannes Sassenbach und Peter Blum haben es sogar vorübergehend zum Leiter einer größeren Produktionsstätte der Berliner Sattler gebracht, und das alles in einer Zeit, in der sie außerordentliches für unsere Organisation geleistet haben. Neben diesen bekannteren Führern unierer Bewegung hat eine Anzahl weiterer Kollegen dem Verband auch nach ihrer Selbständigwerdung die Treue gewahrt und als Funktionäre ihre besten Kräfte eingepreist.

In der Zeit allgemeiner Umwälzungen kann man sich nicht immer allzu eng an Formalitäten binden. In was unterliegt sich denn der Kleinmeister vom organisierten Gesellen? Er entbehrt den Schutz der Sozialgesetzgebung und beim Verkauf seiner Arbeitskraft stehen ihm die tariflichen Bindungen des Lohnes durch Tarifverträge nicht schuldig zur Seite. Es ist kein Geheimnis, daß die Sympathien einzelner maßgebender Führer der Sattlermeisterorganisation für Lohnstarke gerungen sind von dem Gedanken, mit Hilfe des Lohnabkommens für die Gesellen auch für die Kleinmeister im Sattlergewerbe eine Norm zu schaffen, um für sie auf diesem Wege eine vorteilhaftere Bewertung ihrer Arbeitskraft zu erzielen, als dies zurzeit der Fall ist. Wenn diese Ansicht schon bei einem Teil der Arbeitgeber Platz greift, sollten wir die Kollegen nicht zurückstoßen, die sich freiwillig zu uns bekennen, sondern wir sollten sie als vollwertige Mitkämpfer begrüßen. Das schließt nicht aus, daß in all den

Fällen, wo solche Kleinmeister die von ihnen erwartete soziale Gesinnung vermissen lassen, jederzeit die reinliche Scheidung erfolgen wird.

Die Tatsache, daß sich zahlreiche Kollegen aus reiner Verzweiflung einen Gewerkschaften holen und so versuchen, ihr Dasein zu fristen, ist, wie schon oben gesagt, in Zeiten großer wirtschaftlicher Not nichts Neues. In allen Zeiten waren unter unierem Verbandsmitgliedern auch Kleinmeister. Ein Teil von ihnen hat dem Verband sehr wertvolle Dienste geleistet. Solange nicht Gründe schwerwiegender Natur vorhanden sind, die uns dazu zwingen, die bisherige Einstellung zu ändern, haben wir keine Ursache, eine andere prinzipielle Haltung in der Organisationsfrage unserer Kleinmeister einzunehmen.

Wie war es vor 13 Jahren?

Keiner von der Rechten hat im November 1918 für die Erhaltung des alten Staates gekämpft. Männer, die im Felde in tausend schweren Stunden nicht nur ihre Treue für das Vaterland, sondern auch ihre Treue für den monarchistischen Gedanken heldenhaft bewiesen haben, rührten im November 1918 keinen Finger für die Monarchie. Sie hatten den Glauben an die Kraft und an die innere Wahrheit des alten Systems verloren, kaum jemals in der Weichheit wurde eine Staatsform so kampflos preisgegeben, wie die alte deutsche Monarchie. Man würde von ihnen bezweifelten Vertreibern ungerne und arglistig denken, wenn man nicht begreift, daß in jenen schweren Stunden auch sie der Heberzeugung waren, daß der alte Staat die Verteidigung nicht verdient, daß das deutsche Volk sich neue staatliche Formen schaffen muß.

Ludwig Haas.

Der Wirtschaftsbeirat tritt in Funktion.

Der von der deutschen Reichsregierung „zur eingehenden Beratung lebenswichtiger Fragen hinsichtlich der Gestaltung der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik“ eingesetzte Wirtschaftsbeirat hat am 29. Oktober im Hause des Reichspräsidenten seine erste Sitzung abgehalten. Anwesend waren außer den ernannten Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats der Reichsminister, der Reichspräsident und der Generaldirektor der Reichsbahn. Nach einer Begrüßungsansprache des Reichspräsidenten legte Reichsminister Brüning in längerer Ausführungen die Wirtschaftsfrage und die zur Milderung der Wirtschaftsnote in Betracht kommenden Maßnahmen dar. Abschließend erfolgte eine allgemeine Aussprache. Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der sich mit dem Stillhalteproblem beschäftigen soll. Die übrigen, dem Wirtschaftsbeirat vorzulegenden Punkte sollen in zwei weiteren Ausschüssen behandelt werden. Vor Abhaltung dieser Tagung traten die Spitzenorganisationen der ver-

schiedenen gewerkschaftlichen Richtungen zu einer Beratung zusammen, um sich über ihre im Wirtschaftsbeirat zu erfüllenden Aufgaben zu verständigen und ein möglichst einheitliches Vorgehen der Vertreter der Arbeitnehmerchaft anzustreben.

Steigende Rohstoffpreise.

Eine Anzahl wichtiger Rohstoffe, die Gegenstand des Weltmarktes sind, erfuhr im Laufe des Monats Oktober eine zum Teil starke Preissteigerung. So stiegen die Preise für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Baumwolle, Kupfer, Zinn, Kaffee, Schmalz und andere Waren. Für die Preissteigerung bestanden in den einzelnen Fällen besondere Anlässe, so für Getreide die ungünstige Besserernte, für Baumwolle die staatliche Preisstützung in den Vereinigten Staaten, für Metalle die Fortschritte der internationalen Kartelle zur Einschränkung der Produktion. Jedoch liegt auch eine gemeinsame Ursache der Preissteigerungen zugrunde, die es erklärt, daß eine sehr große Anzahl von Waren, zum größten Teil Verbrauchsartikel, zu gleicher Zeit von ihnen erfasst wurden. Das ist die Angst vor einer Geldentwertung, von der die Bevölkerung in vielen Ländern ergriffen wurde. Die internationale Kreditkrise, das Wirttrauen in die Banken führte zu Abhebungen von Bankguthaben, die zum Teil zur Notenhamsterng, zum Teil für Ankauf von Warenvorräten verwendet wurden. Eine Anregung für die Ausdehnung der Produktion ist daraus bisher nirgendwo entstanden. Es erfolgte allein eine gewisse Auflockerung der Vorräte, die den Besitzer zur Rückzahlung ihrer Bankschulden befähigte und insofern die Banken flüssiger machte. Damit die Steigerung der Rohstoffpreise zum Anlaß einer Produktionsbelebung werde, mußte das Vertrauen in die Beständigkeit der Wirtschaftsführung zurückkehren, vor allem die internationale Kreditkrise beseitigt werden.

Rationalisierung und Arbeitszeitverkürzung.

Amerikanische Methoden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der amerikanische Zeitungskönig William Randolph Hearst erklärte sich zugunsten der Durchführung des Sechstages in den Vereinigten Staaten. Es sei dies das einzige geeignete Mittel, um der Arbeitslosigkeit abzuwehren. Zu seiner Durchführung fordert er die Einberufung einer Wirtschaftskonferenz aus Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, um die Maßnahmen zu unverzüglicher Verwirklichung zu beraten. Es sei zur Gewohnheit geworden, daß die Unternehmer den vollen Ertrag der Rationalisierung („arbeitparenden Rationalie“) in Gestalt von Kapitalneubildung einheimischen und die Arbeiterschaft um ihren verdienten Anteil an dem Ertragnis bringen. Der Ertrag der Rationalisierung müsse gerecht verteilt werden in Gestalt von Unternehmensprofit, billigen Preisen und verkürzter Arbeitszeit. Diese Ansicht des Zeitungschefs wird durch die weitverbreiteten Blätter seines Unternehmens im Lande propagiert. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund begrüßt diesen Vorstoß des Zeitungskönigs in einer öffentlichen Erklärung seines Präsidenten.

Eilige Arbeit.

Heinrich sah schon eine geschlagene Stunde im Sitzungszimmer des Spruchauschusses und wartete, bis sein eigener Fall an die Reihe kam. Er hatte diesen Spruchauschuß angerufen, denn das Arbeitsamt wollte ihm sechs lange Wochen keine Unterstützung zahlen, weil er berechtigten Grund zu seiner Entlassung gegeben haben sollte. Noch am Morgen war Heinrich mit der größten Hoffnung zu der Sitzung gegangen: Du bekommst deine sechs Wochen zugestanden! Als er endlich aufgerufen wurde, hatte er viel von dieser Hoffnung eingebüßt. Hatte er doch in der einen Stunde erleben müssen, daß ein ähnlicher Fall glatt abgemiesen wurde.

Der Vertreter des Arbeitsamts verlas sein Sündenregister: Sofortige Entlassung wegen Verzögerung von Lieberstunden. Der Vorsitzende des Spruchauschusses nahm den Sünden ins Gebet. Zuerst fragte er ihn, warum er die Lieberstunden denn nicht gemacht habe. Etwas unsicher gestand der junge Mann, daß er an diesem Tage gerade etwas sehr Wichtiges vorgehabt hätte. Weiter wollte der Richter wissen, ob er sonst Lieberstunden machte! „Awwohl!“ gab der Beklagte sofort zur Antwort. Recht so! dachte der strenge Richter und sah den jungen Sünden mit günstigeren Augen an. Unser Heinrich schloß neue Hoffnung, und um seit Ja zu bekräftigen, fügte er hinzu: Die letzten zwei Wochen allein dreimal! Woff! tief eine scharfe Stimme von hinten dazwischen: Nur zwei, Herr Hildebrandt! Nur zwei!

Alles schaut nach dem Zwischenrufer. Wa! Es war der würdige Herr, der schon eine geraume Zeit

unter den Zuhörern an der hinteren Tür saß, die Hände gemächlich auf seinen Spazierstock mit der silbernen Krücke gestützt. Hans wurde ganz rot, wie jemand, den man öffentlich lägen strafen will, und tief ihm sofort zu. „Rein, drei! Das kann ich beweisen!“ Der Vorsitzende dagegen musterte diesen unberufenen Zwischenrufer auf der Zuhörerreihe sehr scharf und verlangte zu wissen, wer er eigentlich sei. Darauf verbeugte sich der wohlwollende Herr: „Ich bin der Chef, der den Herrn da entlassen mußte!“ und wies mit einer Handbewegung auf den Kläger.

„Und wegen der einen einzigen verweigerter Lieberstunde haben Sie ihn Knall und Fall entlassen?“ warf ihm der Richter verwundert vor. „Awwohl!“ verzehle der liebe Herr Arbeitgeber mit größter Seelenruhe: „Er hat mich ja auch im Stich gelassen! Denn es war eine eilige Arbeit!“

Der Richter runzelte die Stirn und sah den Kläger vorwurfsvoll an, dann belehrte er ihn mit ernster Miene, daß solche Lieberstunden unter keinen Umständen verweigert werden dürfen. Darauf schlug er seine Ähren zu, als wenn die Sache für ihn klar sei. Hans senkte den Kopf. „D weh!“ dachte er bei sich.

Da wandte sich plötzlich der eine Beisitzer links am Fenster an den würdigen Herrn Arbeitgeber: „Was für eine dringende Arbeit war denn das?“

„Sehr wichtig!“ erklärte ihm dieser. „Das war eine Installation auf dem Hofe eines hochherrschaftlichen Hauses und ich hatte sie dem Wirt heilig und fest versprochen!“

„Aha!“ murmelte der andere Beisitzer, ein Unternehmer. Der Fragesteller lächelte höflich, fragte aber nichts weiter. Darauf gingen der Vorsitzende

und seine zwei Beisitzer hinten in das Beratungszimmer.

Hans starrte ihnen nach. Seine Hoffnung war auf den Nullpunkt gesunken. Hätte er doch lieber nicht Beschwerde eingelegt! — Wozu sollte er bloß die drei letzten Wochen leben. Es reichte schon jetzt nur noch knapp. In solchen trüben Gedanken versunken, hörte er gar nicht hin, wie sein Chef dem Vertreter des Arbeitsamts ein langes Raschel vorlang über die Verderbtheit der heutigen Jugend und wie laut und genuschlich sie geworden sei.

Endlich, nach längerem Warten, öffnete sich die Tür des Beratungszimmers und heraus traten die Drei, die Hansens Schicksal für drei Wochen in ihren Händen hielten. Dampf und Stumpf, als habe er schon die Ablehnung seines Antrags in der Tasche, sah ihnen Hans entgegen.

Doch siehe da: Der Vorsitzende verfundete: „Der Berufung wird stattgegeben!“

Hans wußte vor Freude nicht, was er sagen sollte. Der Vorsitzende fuhr fort, daß eine Installationsarbeit auf dem Hofe sehr wohl am nächsten Tage gemacht werden könne. Hans hätte ihm dafür zu danken können. Ihm war zu Mut, als drückte ihm jemand plötzlich einen Hundertmarkschein in die Hand.

Noch ganz verirrert, blieb er ruhig sitzen, bis ihm diese Perle von Vorsitzenden bedeutete, daß er sein Geld in den nächsten Tagen holen könne. Noch ein dankbarer Blick auf diesen weisen Richter und auf den patenten Beisitzer — dann eilte er hinaus. Ihm folgte sehr mißvergnügt sein ehemaliger Arbeitgeber.

Tagung des Internationalen Arbeitsamts.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat seine 55. Tagung in der Zeit vom 12. bis 17. Oktober 1931 in Genf abgehalten. An Stelle des bisherigen Präsidenten des Rats, des am 2. September verstorbenen Arthur Fontaine (Frankreich), wurde Ernest Mahaim (Belgien) zum Präsidenten gewählt.

Zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Unternehmervertretern kam es bei der Festlegung der Tagesordnung für die Konferenz von 1933. Beschlossen wurde, für die Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1933 vorläufig folgende Gegenstände in Aussicht zu nehmen:

1. Die Regelung der Ruhezeit und des Schichtwechsels in Glasfabriken mit automatischem Betrieb;
2. die Alters- und Invalidenversicherung;
3. den bezahlten Urlaub der Arbeitnehmer und
4. die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen bei Arbeiten unter Tage.

Anschließend befaßte sich der Rat mit den 15 Entschlüsselungen, die ihm von der Arbeitskonferenz von 1931 zur weiteren Behandlung zugewiesen worden sind.

Der Rat hatte auch die auf die Internationale Arbeitsorganisation bezüglichen Beschlüsse der letzten Völkerversammlung zu prüfen. Die wichtigsten davon betreffen die Bekämpfung der Wirtschaftskrise und des Arbeitslosigkeit. Die Vorschläge des Internationalen Arbeitsamts, große öffentliche Arbeiten in Angriff zu nehmen, um damit einen neuen Auftrieb der Wirtschaft anzuregen, vermies die Völkerversammlung an einen Untersuchungsausschuß der Völkerversammlung des Völkerbunds. In dem Untersuchungsausschuß wird auch das Internationale Arbeitsamt vertreten sein.

Im weiteren Verlauf der Beratungen gab der Direktor Albert Thomas einen Überblick der Beratungen des Internationalen Arbeitsamts zur Herabminderung der Arbeitslosigkeit. Er legte dem Verwaltungsrat ferner nahe, eine Möglichkeit ausfindig zu machen, um unter Ausschaltung des sonst üblichen zeitraubenden Verfahrens zu einer Verständigung zwischen den Staaten über die gemeinsame und allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu kommen. Im Verlaufe der Aussprache hierüber wurde von der Arbeitergruppe die Verabschiedung einer besonderen Konferenz der interessierten Staaten vorgeschlagen, auf der eine Vereinbarung über die allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf der Grundlage der 40-Stunden-Woche anzustreben sei. Der Antrag wurde von der Mehrheit des Rats abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des französischen Regierungsvorstehers, der bestimmt, noch vor Jahreschluß den Sachausschuß für Arbeitslosenfragen einzuberufen, der unter anderem die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung im allgemeinen aber in einzelnen Industrien prüfen sollte.

Frauenarbeit in Amerika.

In der amerikanischen Wirtschaft sind heute etwa 10,5 Millionen Frauen tätig. Von diesen 8,5 Millionen arbeitenden Frauen sind etwa 3,2 Millionen in der verarbeitenden Industrie, fast die gleiche Anzahl finden wir im Handel und Gewerbe. Im Handwerk und in der Landwirtschaft leben wir die Frauenarbeit in den Vereinigten Staaten nur im geringen Maße. In der verarbeitenden Industrie ist Frauenarbeit in fast allen Zweigen zu finden, darunter in hochentwickelten, weitgehend rationalisierten, gut zahlenden Industrien. Es scheint, daß mit der immer fortschreitenden Rationalisierung der amerikanischen Wirtschaft die Anstellung der Frau ein immer größeres Ausmaß annimmt. Moderne hochwertige Präzisionsmaschinen erfordern trotz ihrer Kompliziertheit meist einen verhältnismäßig geringen Kraftaufwand. Sie verlangen auch meist keine so tiefe Kenntnis mechanischer Vorgänge. Für Störungen ist ja in jedem Betrieb sowieso der Techniker zur Stelle. Wohl aber benötigen diese Maschinen eine gründliche Wartung und eine peinlich genaue Aufsicht, Aufgaben, denen die Frau durchaus gewachsen ist, denen sie sogar in vorbildlicher Weise gerecht wird. Neben dem als Organisatorin verschiedentlich erfolgreich hervorgetreten. Es ist beachtenswert, daß in gewissen Zweigen der Textilbranche Frauen die Verkaufsabteilung leiten. Ein führendes Haus für Frauenkleidung in Amerika übertrug z. B. die Leitung seiner Verkaufsabteilung einer Frau mit dem Ergebnis, daß innerhalb eines Jahres die Umsätze eine Rekordhöhe erreichten. Diese Frau dirigiert einen Staff von 3500 Kellnern, die alle nach ihrer, mit echt weiblichem Raffinement ausgearbeiteten Methode arbeiten. Die technische Durchbildung der Frau scheint sich in Amerika viel rascher zu vollziehen als in Europa. Während in der alten Welt die Frauen

technischen Fragen nur wenig Interesse entgegenbringen, freut sich in den USA, die moderne werksmäßige Frau über jede Erweiterung ihres Wirkfeldes in technischer Beziehung. Das immer weitere Eindringen der Frau in das Wirtschaftsleben ist eine typische Erscheinung der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung geworden. In unblütiger Revolution vollzog sich diese Invasion, das Selbstgefühl der Frau härtend und vertiefend. Es handelt sich bei all diesen Vorgängen um Entwicklungstendenzen unaufhaltbarer Natur. Vor 30 Jahren waren in der amerikanischen Wirtschaft etwa 4 Millionen Frauen tätig, heute arbeiten etwa 8,5 Millionen in ihr und in absehbarer Zeit wird man mit einer Verdoppelung dieser Anzahl mit ziemlicher Sicherheit rechnen können. Die selbstbewußte Einstellung der modernen amerikanischen Frau dem praktischen Leben gegenüber erklärt zum Teil das gesteigerte Selbstbewußtsein der jungen Generation. Die erwerbstätige Frau bewegt sich heute mit einer Früher an ihr unbekanntem Ungezwungenheit. Die verschiedenen Schranken, die sich ihr einst im Wirtschaftsleben in den Weg stellten, fallen mehr und mehr. Für das Land selbst ergeben sich hieraus eine Reihe von sozialen Problemen.

Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes.

In regelmäßigen Zwischenräumen enthalten eine Reihe von Gewerkschaftsorganen Warnungen vor Unterstützungsschwindlern. Die Burichen arbeiten mit gefälschten Papieren, sind mit den Einrichtungen der Gewerkschaftsbewegung völlig vertraut und verfügen über eine außerordentliche Portion Frechheit. Sie üben auf die Ortsstellen der Verwaltungsstellen einen geradezu suggestiven Einfluß aus, denn nur so ist es zu erklären, daß selbst alte erfahrene Funktionäre, trotz wiederholter Warnung durch die Zentrale und durch das Verbandorgan, immer wieder diesen Burichen zum Opfer fallen. Wo Frechheit nicht zum Ziele führt, appellieren die Hochstapler an das Mitleid und haben damit auch Erfolg. Verdienen diese Unterstützungsbetrüger Mitleid? Das muß entschieden verneint werden. Obwohl die Bestimmungen des Statuts etwas ganz anderes besagen, hat man ihnen an einzelnen Orten bis zu 12 Tagen Unterstützung auf einmal ausgezahlt. Die Burichen haben vielfach eine ganze Anzahl Verbände am Ort heimlich und dadurch sind ihnen außerordentlich hohe Beiträge in die Hände gefallen. Ausgefunkt können sie niemals werden, die gefälschten Papiere lassen sich ja immer wieder erneuern. Auf Kosten der Ortsgeber der Kollegen machen sie sich ein herrliches Leben, in einem Fall wurde bekannt, daß sich ein solcher arbeitsloser „Wanderer“ in Begleitung zweier junger Damen befand, die ihm gern die Rüche nach der anstrengenden Tagesarbeit verschönen halfen. Mitleid ist daher diesen Elementen gegenüber nicht am Platz und wir müssen immer wieder an unsere Kollegen im Reich die Bitte richten, in allen Unterstützungsfällen streng nach den Bestimmungen des Statuts zu verfahren und wenn etwas unklar ist, die vorgelegten Legitimationen einzuziehen und der Hauptverwaltung einzuliefern.

Auch auf anderen Gebieten mehren sich die Schwindelmänner, mit denen den Arbeitslosen das Geld aus der Tasche gelockt werden soll. Im Vordergrund steht der Stellenangebots- und Nebenverdienstschwindel. Das übliche sind Anzeigen „Glänzende Existenzen“, „Sicheres Einkommen durch vornehme Beschäftigung“, „Bequeme Heimarbeit“ usw. Fast alle Anzeiger dieser Art sind von vornherein verdächtig. Auf Anfragen erfolgt regelmäßig die Aufforderung, einen Gelbbetrag für Portoausgaben und Schreibspesen — meist in der Höhe von 1 bis 3 RM — einzuliefern und damit ist das Interesse des Gauners an dem Bewerber erschöpft.

Die Gerissenen tendieren, um sich gegen den Staatsanwalt zu decken, Material in Form von Adressenlisten. Andere Schwindler verlangen nach Erhalt des verlangten Gelbbetrages wertlose Schriften und anderes mehr. Viel härter geschädigt werden die Arbeitslosen, die ihre letzten Spargroschen für eine „leicht zu verkaufende sensationelle Neuheit“ hergaben oder „das Betriebsrecht“ an einen hohen Lebensberuf abverkauften Artikel übernahmen. Besitzt ist auch zurzeit, den Stellenlosen Strickmaschinen zum Kauf anzubieten mit dem Versprechen, alle hergestellten Strickarbeiten restlos abzunehmen. Hat der Arbeitslose dann die Maschine auf Ratenzahlung erworben, so ist er dem neuen Arbeitgeber mit Haut und Haaren ausgeliefert.

In den Rahmen der Arbeitsschwindler gehören auch die Kautionschwindler und die Darlehensgeber. Eine besondere Gruppe bilden die unter den Namen „Eigene Scholle“, „Bund für Realtrieb“, „Kapitalnachweis“ usw. figurierenden Darlehensinstitute, die vorgeben, mit allen möglichen Geldgebern, Banken und Kreditinstituten eine „Interessengemeinschaft“ zu bilden. Der Darlehensjünger erhält gegen Einzahlung eines Betrages für besondere Bemühungen

eine Scheinofferte, damit ist das Interesse der Interessengemeinschaft beendet. Eine Massenpetition lösen noch immer die Preisrästelanschreiben von Verhandlungsführern aus. Diese Rästel sind sehr leicht zu lösen. Die Einlöser einer Lösung erhalten die Mitteilung, daß sie besonders vom Glück begünstigt waren, daß aber, um in den Besitz des Gewinnes zu gelangen, ein bestimmter Betrag (meist 16 bis 18 RM.) für Verpackungs- und Verbandskosten einzuliefern sei. Der angeblich gewonnene Gegenstand (alle Einlöser von Lösungen sind Gewinner), ist nicht annähernd diesen Betrag wert und der Einlöser hat den Schaden.

Die Liste solcher Schmarotzer am Volkstörper ist mit den vorstehenden Beispielen noch lange nicht erschöpft. Vom Reich und von den Behörden der deutschen Länder sind schon oft Schritte dagegen unternommen worden. Aber Staatsanwälte und Gerichte sind fast machtlos dagegen. Hilfe kann nur durch allgemeine Aufklärung erfolgen. Wo Kollegen trotzdem in die Hände solcher Schwinder geraten sind, ist es ihre Pflicht, die Betrugsfälle umgehend der zuständigen Polizeibehörde zu melden.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Pöfned i. Th. Monatsversammlung am 27. Oktober. Kollege H. Busch hielt einen Vortrag über „Der Kampf um die Sozialreform“ Redner behandelte eingehend die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise. Daß dieselbe solche Ausmaße annehmen konnte, liegt an der Planlosigkeit der sogenannten Wirtschaftskapitäne. Mit Hilfe dauernden Lohnabbaues glauben dieselben den Weltmarkt erobern zu können; in Wirklichkeit legen sie nur die Kaufkraft des eigenen Landes lahm. Die Leidtragenden sind die Arbeiter. Mit Recht kämpfen wir daher gegen diese Maßnahmen und verlangen in erster Linie, daß die Kaufkraft im eigenen Lande wieder hergestellt wird. Das kann nur geschehen, wenn die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess eingereiht werden. Wir fordern daher die Einführung der 40-Stunden-Woche mit entsprechendem Lohnausgleich. Der Kampf der Unternehmer gilt mit an erster Stelle der gesamten Sozialversicherung. Die Harzburger Tagung hat zur Genüge bewiesen, welche Gefahren der Gewerkschaftsbewegung drohen. Man solle nicht immer über alles schimpfen und die Hinte vorzeitig ins Korn werfen, sondern mehr als je fest zusammenstehen, um in geeigneter Stunde zum kraftvollen Gegenstoß bereit zu sein. Der Redner sprach am Schluß seiner Ausführungen die Überzeugung aus, daß wir aus all dem Chaos zum Sozialismus gelangen werden. An zweiter Stelle der Tagesordnung erörterte Gauleiter H. Busch Bericht über den Internationalen Arbeiterkongress, der vom 25. bis 28. September in Prag abgehalten wurde. Anschließend daran gab er noch eine kurze Aufklärung über stattgefundenen Lohnverhandlungen in der Lederwarenindustrie und im Tapeziererberuf. Auch aus dem Verlauf dieser Verhandlungen ist zu ersehen, wie schwer es ist, den Standpunkt und die Interessen der Arbeiter den Unternehmern gegenüber erfolgreich zu vertreten. Es wurden noch verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erörtert.

W. Kahlerl.

Miesbaden. Mitgliederversammlung am 31. Oktober 1931. Unser Gauleiter, Kollege G. Gahk, sprach über die allgemeine Wirtschaftslage. Er führte u. a. aus, daß die jetzige Krise eine internationale Erscheinung sei. England und Nordamerika leiden genau so unter Arbeitslosigkeit wie Deutschland. Die sofortige Einführung der 40-Stunden-Woche könne eine gewisse Entlastung bringen. Die deutsche Sozialversicherung wird infolge der enormen Arbeitslosigkeit sehr schwer belastet. Die kapitalistische Profitwirtschaft hat völlig versagt und muß durch eine planmäßige sozialistische Bedarfswirtschaft abgelöst werden. Am Schluß seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede ermahnt der Redner die Kollegen, dem Verband die Treue zu wahren, den die freien Gewerkschaften sind ein festes Bollwerk gegen den Ansturm der Reaktion. Kollege Schneider erörterte den Kassenbericht vom dritten Quartal. Kollege Ohlemacher, der einen vierwöchigen Kursus auf der Bundeschule des ADGB in Bernau besucht, gab einen Einblick in das Leben und Treiben in der Bundeschule. Besonders lobte er das kollegiale Zusammenarbeiten des Lehrkollegiums mit den Schülern. Es sei den Schülern die denkbar beste Gelegenheit geboten worden, sich Wissen anzueignen, um es dann im Dienst der Arbeiterschaft zu verwenden. Redner schloß ab an Hand mehrerer Aufnahmen die Bauart und die vorbildlichen hygienischen Einrichtungen der Schule. Kollege Kriebel spricht den Wunsch aus, es möchten in Zukunft mehr Versammlungen abgehalten werden. Anschließend erfolgen verschiedene Mitteilungen.

Rudolf Schubert

Streits und Lohnbewegungen.

Tapezierer.

Köln-Bonn. Der Schlichtungsausschuss Köln fällt einen Schiedspruch, wonach der Tarifminderlohn für die Zeit vom 30. Oktober 1931 bis zum 31. März 1932 1,15 Mk. beträgt.

Fahrzeugbranche.

Breslau. Der Streik in der Linde-Hoffmann-Busch-Waggonfabrik dauert unverändert an. Der Betrieb ist gesperrt; Zugang ist fernzuhalten.

Verlängerung der Fahrpreisermäßigung ein Erfolg des DGB.

Am 13. Oktober d. J. hat der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Eingabe an die Deutsche Reichsbahn auf die dringende Notwendigkeit der Verlängerung der Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner hingewiesen. Unter dem 31. Oktober teilt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit:

„Wir haben angeordnet, daß die Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner über den 31. Oktober hinaus bis auf weiteres auf Grund der bisherigen Bescheinigung weiter zu gewähren ist.“

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Abstimmung im Feiseur-Verband. Der Vorstand und der Verbandsauschuss des Arbeitnehmerverbandes des Friseur- und Haargewerbes stellt den Mitgliedern der Organisation einen Antrag zur Urabstimmung betreffend Verschmelzung mit dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Die Urabstimmung muß in der Zeit vom 2. November bis einschließlich 14. November stattfinden und entscheidet über Annahme bzw. Ablehnung der zwischen beiden Organisationen vereinbarten Anschlußbedingungen. Vorgezogen ist eine Reichsstadgruppe der Friseure mit einem Fachgruppenbeirat von elf Mitgliedern. Die „Friseurzeitschrift“ wird in der bisherigen Weise beibehalten. Auch in den Ortsgruppenverwaltungen werden Fachgruppen der Friseure vertreten sein. Der Anschluß an den Gesamtverband erfolgt ab 1. Januar 1932. Sowohl Verbandsauschuss wie auch Vorstand des Friseurzeitschriftenverbandes haben einstimmig beschlossen, den Mitgliedern den Anschluß zu empfehlen und fordern daher sämtliche Verbandsmitglieder auf, mit „Ja“ zu stimmen.

Rückgang der Wanderung. Die in Großbritannien, wo die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten, den Dominien und Kolonien beinahe zum Stillstand gekommen ist, so geht auch in Deutschland die Auswanderung stark zurück. Vom 1. Januar bis 30. Juni 1931 sind insgesamt 6850 Deutsche nach Übersee ausgewandert, gegen 20 528 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. In den glanzvollsten Zeiten der deutschen Hochkonjunktur, d. h. im Jahre 1913, belief sich diese Zahl auf 26 000, im Jahre 1870 — bei einer kaum halb so großen Bevölkerungsziffer wie heute — auf 162 000.

Christliche Gewerkschaften in Belgien für freigewerkschaftliche Forderungen. (DGB.) Anlässlich eines Interviews sprach sich kürzlich H. Rauwels, der Generalsekretär des christlichen Gewerkschaftsbundes in Belgien, für Arbeitszeiterkürzung, frühzeitige Pensionierung, Heraushebung des Schulpflichtalters und Hochhaltung der Löhne aus. Damit stellen sich die christlichen Gewerkschaften Belgiens auf den Standpunkt, den die freien Gewerkschaften aller Länder bereits seit langem einnehmen. „Wenn diesen energischen Worten“, so sagt das Brüsseler „Beuple“, „ebenso energische Taten der christlichen Gewerkschaften folgen, so können wir mit den Christlichen zusammen den Kampf gegen die Arbeitgeber aufnehmen, die das ganze Gewicht der Krise auf die Arbeiter abwälzen wollen. Inzwischen müssen wir allerdings feststellen, daß sich die christlichen Arbeiter den Forderungen der Unternehmer fügen.“

Stand des amerikanischen Gewerkschaftsbundes. Der Mitgliederbestand ist von 2 961 098 Ende 1929 auf 2 889 550 Ende 1930 zurückgegangen.

Rundschau

Zusammenlegung Kölscher Autobetriebe. Zur Zeit finden Verhandlungen statt betreffend den Zusammenschluß der Hochwerke A.-G., Zwidau, Hschpauer Motorenwerke, Audi-Werke, Midau, und Wanderer-Werke A.-G. Chemnitz. Die neue Gesellschaft soll mit einem Kapital ausgestattet werden, daß sich zwischen 12 und 16 Millionen Mark bewegt.

Verbandsjubilare in Groß-Berlin.

Auf eine 25 jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation konnten im Jahre 1931 zurückblicken:

Name	Vorname	Beruf	Concort
Quoos	Robert	Tapezierer	20. 8. 02
Gronwald	Richard	Tapezierer	15. 1. 06
Haal	Jugo	Tapezierer	22. 1. 06
Bogt	Bruno	Tapezierer	24. 1. 06
Feist	Arthur	Portefeuller	3. 2. 06
Amling	Rudolf	Treibriemer	9. 2. 06
Secheheye	Bruno	Tapezierer	10. 2. 06
Marquardt	Otto	Autofattler	12. 2. 06
Albrecht	Willi	Sattler	13. 2. 06
Pialstomski	Otto	Tapezierer	19. 2. 06
Müller	Fritz	Sattler	20. 2. 06
Strauß	May	Portefeuller	28. 2. 06
Saß	Alfred	Tapezierer	10. 3. 06
Schwinger	Fritz	Autofattler	12. 3. 06
Juchs	Willi	Tapezierer	12. 3. 06
Eberlin	Karl	Linoleumleg.	12. 3. 06
Grüneis	Altois	Tischner	14. 3. 06
Otto	Ewald	Tapezierer	17. 3. 06
Bohm	Albert	Sattler	19. 3. 06
Draczka	Otto	Tapezierer	19. 3. 06
Foßelbein	Karl	Tapezierer	22. 3. 06
Kornow	Otto	Tapezierer	26. 3. 06
Schüpe	Kaul	Sattler	29. 3. 06
Büchner	Richard	Sattler	2. 4. 06
Bartel	Kurt	Tischner	9. 4. 06
Böhlke	Otto	Tapezierer	20. 4. 06
Klaf	Fritz	Sattler	23. 4. 06
Golombiewski	Gustav	Sattler	23. 4. 06
Kuhnke	Fritz	Sattler	26. 4. 06
Heide	Robert	Sattler	2. 5. 06
Diedrichkeit	Wilhelm	Tapezierer	5. 5. 06
Weißert	Wilhelm	Treibriemer	14. 5. 06
Böhme	Kurt	Sattler	17. 5. 06
Golomski	Bruno	Sattler	21. 5. 06
Wenzel	Johann	Treibriemer	26. 5. 06
Willwand	Franz	Tapezierer	30. 5. 06
Orlijewski	Eduard	Sattler	2. 7. 06
Böhm	Leopold	Portefeuller	21. 7. 06
Buchholz	Rudolf	Tischner	25. 7. 06
Siegmund	Oswald	Sattler	28. 7. 06
Drabem	Raul	Treibriemer	6. 8. 06
Swodent	Richard	Sattler	15. 8. 06
Birnbaum	Franz	Portefeuller	18. 8. 06
Schmidt	Eugen	Tapezierer	25. 8. 06
Klinger	Fritz	Tischner	25. 8. 06
Talarowski	Julius	Autofattler	1. 9. 06
Reiß	Mag	Sattler	1. 9. 06
Weißart	Elisbeth	Slepperin	5. 9. 06
Pannenbecker	Wilhelm	Sattler	5. 9. 06
Nicodem	Kaul	Tapezierer	8. 9. 06
Walther	Herman	Tapezierer	11. 9. 06
Prang	Gustav	Tapezierer	17. 9. 06
Irblisch	Adolf	Sattler	20. 9. 06
Storr	Julius	Tapezierer	29. 9. 06
Ludwig	Richard	Portefeuller	1. 10. 06
Bothe	Otto	Tapezierer	1. 10. 06
Büchel	Karl	Autofattler	1. 10. 06
Wits	Karl	Tischner	6. 10. 06
Lohn	Leo	Treibriemer	12. 10. 06
Alt	Wilhelm	Portefeuller	22. 10. 06
Hirsekorn	August	Portefeuller	5. 11. 06
Große	Johannes	Linoleumleg.	5. 11. 06
Kollhof	Otto	Linoleumleg.	5. 11. 06
Kubizer	Franz	Treibriemer	19. 11. 06
Grünfeld	Salomon	Sattler	26. 11. 06
Rehfeld	Karl	Sattler	27. 12. 06

Bücherschau

Ein Spiegelbild der Reichstagsverhandlungen. Die Uebersetzung der Reichstagsreden durch Rundfunk ist bedauerlicherweise nicht gelungen, obwohl die Reichstagsprotokolle und Kommuniqués gedruckt, obwohl ich heute sehr dafür eingestimmt bin. DGB und DGB müssen, warum sie den Rundfunk hören die Hitzreden vorlesen lassen wollen.

Ihr Widerstand soll ihnen diesmal jedoch nichts nützen. Im Auftrage des Parteivorstandes ist neben ein kleines Büchlein von 48 Seiten erschienen, das sich „Mitglieder aus dem Ersten Reichstag 1931“ betitelt und für 20 Pf. in den Buchhandlungen erhältlich ist.

Diese interessante Schrift enthält genau nach dem amtlichen Zeichnungsamt zitierte Stellen aus den Reden aller Parteiführungen, die marxistischen Auslegungen der Partei- und Regierungsvorträge sind im Wortlaut, mit all den feingraphisch aufgenommenen Zwischenrufen usw. aufgenommen und ergeben im Gesamten ein höchst lebendiges Bild der Verhandlungen.

„Spottung aber Kritik!“ Von H. Gurland und R. Saumann. Schichtenreihe „Sozialistische Zeitschriften“ 22 Seiten. Preis 40 Pf. C. Landwehr Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30.

Die Schrift bezieht sich mit der politischen Ideologie und Inhalt der Zeitschriften, die sie an Hand einer knappen Analyse der gesamten Situation als unmarxistisch, widersprüchlich und unfruchtbar anseht.

Preis des Arbeitsbuches und der Gewerkschaften von Hermann Gurland. Dr. Weber-Brosch und Rudolf Vrelker. Umfang 272 Seiten, mit 42 Abbildungen im Text und 5 Tabellen in beidseitiger Folio. Berlin 1931. Preis in reinem gebundenen Zustand 2,50 Mk., 2,00 Mk. in halbbundenem Zustand. Verlagsbuchhandlung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes n. b. G., Berlin 2, 11, Mittelstr. 6a.

Der Arbeitsbuch und die Gewerkschaften im Betriebe hat große praktische Bedeutung erlangt. Die zahlreichen Gebiete und technischen Bestimmungen des Arbeitsbuches sind ein Leitfaden, durch das man immer durchdringen kann.

Zweifellos ist der besondere Wert des Büchleins darin zu suchen, daß die drei Autoren — Dr. Gurland, der Arzt und der Arbeiterrechtler — im Zusammenhang haben, um die technische, die betriebliche und die arbeitsrechtliche Seite dieses Büchleins gebietet darzustellen. Hierbei erweist das Buch dem Leser die Bemerkung von sehr vielen wertvoller Literatur und wird sich zweifellos als notwendiges Hilfsmittel für alle am Arbeitsbuch und der Gewerkschaften interessierten stellen durchsetzen.

Das vorliegende Buch ist ein Leitfaden, der in lebendiger Darstellung und großer Klarheit alles Notwendige für den Betriebsfunktionär bringt und ihm Rechte und Aufgaben bei der Durchführung des Arbeitsbuches im Betriebe anzeigt.

Auch für den technischen Aufsichtsbereiter der Betriebsamtsfunktionäre, für den staatlichen Gewerbe-Aufsichtsbereiter, für Studierende an technischen Hochschulen und Besucher von Volkshochschulen eignet sich das Buch als kurzer Abriss, der alle notwendigen gesetzlichen Bestimmungen und technischen Leitfaden enthält und auch durch seine lebensvolle Darstellung, die durch Beispiele aus der Praxis ergänzt wird, dem Leser sehr leicht zu verstehen ist.

Das Buch ist ein zweifach eingetragenes Taschenwerk beigegeben, das eine schnelle Übersicht über alle in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen und technischen Leitfaden enthält.

Die Angestelltenbewegung 1928-1931. Gedächtnis- und Gedenkbuch der Wirtschaftsaussch. und Gewerkschaftsaussch. Derzeit herausgegeben vom Allgemeinen freien Angestelltenbund im freien Selbstverlag G. m. b. H., Berlin W. 40, Weststr. 7, 100 Seiten in Großformat. Ladenpreis 10 Mk., Preis für Mitglieder der A.-V. Verbände 7 Mk.

Der A.-V. Bundesvorstand legt dem 4. A.-V. Gewerkschaftsaussch. wiederum seinen Gedächtnis- und Gedenkbuch der Wirtschaftsaussch. und Gewerkschaftsaussch. der freierwerblichen Angestelltenbewegung vor.

Es ist neu erschienen: **Kinderland 1932**

Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land. Reich illustriert. Farbige Bilder beleben das Buch. Sprudelnde Lebensfreude vom ersten bis zum letzten Blatt. Die Kinder haben selbst daran mitgearbeitet. Das Kinderland kostet **1.50 RM.** Zu haben in allen Parteibuchhandlungen.

Es ist möglich, daß die Mitgliedszahl sich in der Berichtszeit noch ausserordentlich günstig entwickelt hat. Im Jahre 1928 zählten die A.-V. Verbände 111 666 Mitglieder. Diese Zahl ist im Jahre 1931 auf 177 200 Mitglieder gestiegen. Ein beachtliches Zeichen der organisierten Kraft der Gesamtbevölkerung. Dieses grundlegenden Buch ist für den Arbeiter in der Angestelltenbewegung, in der gesamte Öffentlichkeit, in erster Linie für den Gewerkschaftler und Politiker, von großer Bedeutung. Es bietet eine große Fülle von wichtigem Material, das durch statistische Aufzeichnungen und durch Erhebungen der größten Angestelltenorganisation Deutschlands erhärtet wird.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 9. November bis 15. November ist der 46. Wochenbeitrag fällig.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft können zurückblicken:

- Hm. Döppler, Nikolaus, Sattler.
- Landshüter, Ludwig, Sattler.
- Kopp, Georg, Sattler.

Gedundene Zeitungen 1931.

Wie alljährlich, so soll auch dieses Mal für die Verwaltungsstellen und sonstigen Interessenten die Verbandszeitung für das verlossene Jahr gebunden werden. Alle Ortsverwaltungen, die ihre Bestellung auf die gebundene Verbandszeitung noch nicht eingekandt haben, eruchen wir, das Verlaumte unverzüglich nachzuholen. Der gebundene Jahrgang kostet 3 Mk. Auch ist noch eine Anzahl gebundener Zeitungen älterer Jahrgänge vorhanden und abzugeben.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Kurt Lantsch, Sattler, Buchnummer 31 970, ist an die Hauptverwaltung eingekandt worden. Der Kollege Lantsch wird hiernit aufgefordert, sein Mitgliedsbuch unter genauer Angabe seiner Adresse von hier abzufern. Der Hauptvorstand.

Verjammlungstaler

Berlin. Lederverbranche. Mitgliederversammlung am Montag, dem 23. November, abends 7 Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung: 1. Notberordnungen und Arbeitsrecht unter Berücksichtigung unseres Berufes. Ref.: Kollege H. Blume. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Erscheinen ist Pflicht.